

29./12. 1918.

29/12/18

45

Staatssekretär August Müller über unsere Wirtschaft nach dem Kriege.

Staatssekretär August Müller sprach gestern vor Vertretern der Presse über die wirtschaftlichen Grundsätze, die im Reichswirtschaftsamt zurzeit vertreten werden. Nach einem Rückblick über unsere wirtschaftliche Entwicklung vor dem Kriege und während des Krieges und nach bemerkenswerten Hinweisen auf die Ausdehnung und Modernisierung der Industrie in den feindlichen Ländern während der letzten vier Jahre, ging Staatssekretär Müller auf die Frage ein: „Wie sollen wir uns jetzt einstellen?“

Wir müssen uns, so führte Herr Müller aus, mit unserer Politik und Wirtschaftsweise auf einen neuen Zustand einstellen. Die politischen Kämpfe der Zukunft werden sich darum drehen, ob wir eine demokratische oder eine sozialistische Republik haben wollen, der Kampf wird gehen um Sozialismus oder Individualismus. Ich habe die Pflicht, eine gewisse grundsätzliche Basis zu schaffen, von der aus ich die Wirtschaftsaufgaben ansehe. An erste Stelle setze ich den Grundsatz der möglichst rationellsten Produktion und Distribution verwirklicht bis in das kleinste hinein. Manches uns noch gewordene werden wir uns in Zukunft nicht mehr leisten können, denn wir sind bettelarm, so arm wie 1648, als der Dreißigjährige Krieg liquidiert worden war, vielleicht noch ärmer. Wir können nicht irgendeinen Luxus treiben. Dazu würde ich auch rechnen, wenn wir aus politischen oder anderen Gründen Betriebsformen konstruieren würden, die nicht zu ertragen sind, weil sie unsere Volkswirtschaft belasten. Das Lohnniveau darf nicht allein auf der Seite des Lohnes beginnen; auch die Preise der Produkte müssen vermindert werden. Damit schafft man auch die Begründung, die den Lohnerhöhungen gegeben worden ist, weg.

Ich habe im Reichswirtschaftsamt ein landwirtschaftliches Referat eingerichtet. Dort sollen sämtliche Bestrebungen und Möglichkeiten, die den Gedanken der höchstmöglichen Intensität der landwirtschaftlichen Betriebsweise erfassen, konzentriert werden und von dieser Stelle aus sollen alle Anregungen hinausgehen, um das Ziel der Erhöhung der Produktivität der Landwirtschaft durchzuführen. Die während des Krieges errichteten Sticksstoffabriken sollen künftig unserer Landwirtschaft dienen. Wir werden mehr Sticksstoff erzeugen, als wir vor dem Kriege gebraucht haben. Allerdings streifen heute ihre Arbeiter. Dadurch wird schon die

Hungersnot für das nächste Jahr organisiert

und vorbereitet. Das Gebiet der Energie, die Erzeugung und Verteilung aller Kraft und ihre Ersparnis ist bisher noch niemals als Gesamtproblem behandelt worden. Wo es notwendig ist, wird man auch

mit Zwangsmaßnahmen vorgehen.

wenn der gute Wille nicht ausreicht. Ein anderes Gebiet ist die Kohle, das Wertvollste, was wir überhaupt noch haben. Der jetzige Zustand, wo jeder mit der Kohle machen kann, was er will, ist nicht mehr erträglich. Wir müssen für die sparsamste Kohlenverwendung eintreten. Es läßt sich da allgemein viel herausholen. Gegenwärtig sind Anlagen in Betrieb gesetzt worden, die eine Anzahl von Erfahrungen, die wir während des Krieges im Laboratorium gesammelt haben, in die Praxis umsetzen sollen.

Auch auf dem Gebiete der Distribution muß der Grundsatz gelten, daß möglichst wenig Kräfte angestellt werden müssen, so daß möglichst viel Kräfte der produktiven Arbeit zugeführt werden können, etwa durch eine planmäßige Förderung der Genossenschaften. Es wird notwendig sein, bestimmte Organisationen der Industrie zu schaffen, an denen die Arbeitnehmer und Arbeitgeber beteiligt sind, natürlich unter Beschränkungen. Ich halte die Arbeiterorganisationen nicht für geeignet, in die Leitung einzugreifen. Ich denke auch nicht an eine bürokratisch geleitete Industrieorganisation. Die Formen der Zusammenarbeit müssen gefunden werden; sie werden gegenwärtig gesucht. Wir haben im Auge, Industriezweckverbände zu schaffen, bei denen wir uns denken, daß sie auf dem Gebiet der Selbstverwaltung der Industrie aufgebaut sind. Die Arbeiten müßten ergänzt werden durch eine

großzügige Innenkolonisation.

Die nicht von dem Gedanken ausgeht, den Großgrundbesitz zu zersplittern. Die ertragreichste und beste Art ist eine gesunde Mischung von Großbesitz, mittleren und Kleinbesitz. Wir haben aber Latifundien, die das Maß des Erträglichen übersteigen. Von diesen könnten Siedelungen abgeplättet werden. Das ist aber eine Aufgabe, die nur mit langer Sicht vorbereitet werden kann und die nicht verbunden sein darf mit irgendeiner Form von Enteignung ohne Bezahlung, oder ähnlichen bolschewistischen Ideen. Das Ziel, das mir vorliegt, ist, dafür Sorge zu tragen, daß die heimische Scholle einen möglichst großen Bevölkerungsanteil ernähren kann. Solche Industrien sollen besonders gefördert werden, die fremde Rohstoffe ersparen und entbehrenlich machen. Ich denke an eine wirtschaftliche Anlehnung an unsere Nachbarn im Osten und Südoften, an eine kontinentale Wirtschaftspolitik, die uns viel bringen kann, was wir bei unseren Fahrten in die weite Welt erhielten.

Die Sozialisierung.

Für mich ist Sozialismus ein Produkt der Entwicklung. Ob die jetzige Zeit für irgendwelche Sozialisierungsexperimente reif ist, will mir im höchsten Maße fraglich erscheinen. Die Entente hat erklärt, das Privateigentum zu respektieren, jedes Staatseigentum aber als Brand in Anspruch zu nehmen. Daß das deutsche Volk dazu da sein sollte, der Entente den Zugriff zu unseren Kohlen durch Verstaatlichung der Becken zu erleichtern, das übersteigt mir doch das Denkbare. Eine Verstaatlichung der Kohlenbergwerke im jetzigen Augenblick wäre geradezu ein Verbrechen. Auch die jetzige Lohnentwicklung ist ruinös für sozialisierte Betriebe. Ich glaube nicht daran, daß es uneigennützighe Gesichtspunkte sind, die die rheinisch-westfälischen Bolschewisten zu ihrer Forderung der Sozialisierung der Becken bewegen. Damit soll nichts gegen eine Vermehrung von Staats- und Reichsbetrieben gesagt sein. Man muß sich darüber klar sein: Sozialismus ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. Für das Reichswirtschaftsamt kann bei der Beurteilung der Sozialisierungsprobleme nur der Grundsatz maßgebend sein: Welche Wirtschaftsform ist rationell vom Standpunkt der Allgemeinheit, nicht vom Standpunkt der Arbeiter aus. Müssen wir uns für den sozialistischen Betrieb entscheiden aus finanziellen oder wirtschaftspolitischen Gründen, so ist es unsere Pflicht zu sozialisieren, dann dürfen uns Privatinteressen nicht höher stellen als das Allgemeininteresse. Finden wir aber, daß die Durchführung der Sozialisierung eine Verfeinerung des Betriebes bedeutet, daß der Ertrag zurückgehen muß, daß die technische Entwicklungsfähigkeit leidet, kurz, die Nachteile größer sind als die Vorteile, dann dürfen wir nicht sozialisieren.